

FRANZ - VRANITZKY - LECTURES

Das
Bruno Kreisky Forum für internationalen Dialog
und
der Wiener Wirtschaftsklub
laden zum Vortrag von

MICHAEL HÄUPL

Bürgermeister und Landeshauptmann von Wien

WIEN 2020

PERSPEKTIVEN EINER EUROPÄISCHEN METROPOLE

Einleitung:

Franz Vranitzky
Bundeskanzler a.D.

Donnerstag | 10. Jänner 2008 | 18.00 Uhr

Dr. Michael Häupl

Michael Häupl wurde am 14. September 1949 in Altllengbach, Niederösterreich, geboren. Studium der Biologie und Zoologie an der Universität Wien (Dr. phil.). 1975-1977 Bundesvorsitzender des VSSTÖ. Seit 1978 Mitglied des Bezirksparteiausschusses Ottakring. 1982 Wahl zum Vorsitzenden der JG Wien, stellvertretender Bundesvorsitzender der Bundes-JG und Kooptierung in den Wiener Landespartei Vorstand. 1983-1988 Mitglied des Wiener Landtages und Gemeinderates. 1988-1994 Amtsführender Stadtrat für Umwelt und Sport. Seit 1993 Landespartei vorsitzender der SPÖ Wien. Seit 7.11.1994 Bürgermeister und Landeshauptmann von Wien (wieder gewählt 1996, 2001 und 2005). 1997-2004 Vizepräsident des Rates der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE). Seit 2004 Präsident des Rates der Gemeinden und Regionen (RGRE). Michael Häupl ist auch Präsident des Österreichischen Städtebundes.

Dr. Franz Vranitzky

Franz Vranitzky wurde am 4. Oktober 1937 in Wien geboren. Studium an der damaligen Hochschule für Welthandel, 1960 Abschluss mit dem Diplomkaufmann, Promotion 1969 zum Doktor der Handelswissenschaften. 1961 Nationalbank. 1970 wirtschafts- und finanzpolitischer Berater der Regierung Kreisky, 1976 Wechsel zur Creditanstalt-Bankverein als stellvertretender Generaldirektor, 1981-1984 Generaldirektor und Vorstandsvorsitzender der Länderbank.

1984-1986 Bundesminister für Finanzen. 1986 löste Franz Vranitzky Fred Sinowatz als Bundeskanzler ab, nach Neuwahlen im Herbst 1986 wurde im Jänner 1987 eine große Koalition mit der ÖVP unter der Leitung Vranitzkys gebildet, 1987-1997 Bundeskanzler der SPÖ-ÖVP-Koalition, 1988-1997 Bundespartei vorsitzender der SPÖ, 1997 OSZE-Sonderbeauftragter für Albanien. 1997-2004 Konsulent der Westdeutschen Landesbank.

Franz Vranitzky ist Ehrenpräsident des Bruno Kreisky Forums für internationalen Dialog.

Franz Vranitzky

Meine sehr geehrten Damen und Herren, eine Wiederholung von diesem Podium aus, weil doch nicht alle wissen, was Franz Vranitzky Lectures sind. Als ich die Präsidentschaft im Bruno Kreisky Forum an Dr. Rudolf Scholten übergab, haben die Damen und Herren des Vorstandes und Freundinnen und Freunde des Forums mir eine Freude gemacht und ein Geschenk bereitet. Die Freude war, mich zum Ehrenpräsidenten zu ernennen, was ein typisches Zeichen ist, dass man ab dann nichts mehr mitzubestimmen hat, was aber auch in Ordnung ist. Und das Geschenk waren die Franz Vranitzky Lectures und zu einer solchen sind Sie heute gekommen, und da heiße ich Sie herzlich willkommen.

Die Idee, den Herrn Bürgermeister Dr. Häupl einzuladen, entsprang einem abendlichen Gespräch, bei welchem der Bürgermeister über einen Tisch, mehr oder weniger aus dem Handgelenk, fünf oder sechs Schwerpunkte über die Gegenwart, vor allem aber über die Zukunft herausschüttelte, die man nach meiner Auffassung kennen sollte, will man über den Weg etwas wissen, den die österreichische Bundeshauptstadt in dem vor uns liegenden Jahrzehnt gehen wird. Ich weiß im Einzelnen nicht, was der Bürgermeister Häupl in seinem heutigen Vortrag sagen wird. In langjähriger Kenntnis seiner Person und seines politischen Credo weiß ich allerdings, dass er mit seinen politischen Vorstellungen es nicht dabei bewenden lässt, die kommunalpolitischen Alltags- und Routineangelegenheiten herunterzuspulen, wie sie halt in einem kommunalpolitischen Pflichtenheft stehen mögen. Daher die Überlegung und auch der heutige Titel, nämlich das sich Beschäftigen mit Visionen einer europäischen Metropole, und daher auch die Einladung zum Forum für internationalen Dialog. Man könnte auf die Idee kommen – aber nur, wenn man wirklich ganz verstockt ist –, dass Wien und internationaler Dialog möglicherweise nichts miteinander zu tun haben. Den Unsinn einer solchen Überlegung brauche ich nicht zu schildern. Wiewohl im Zug der europäischen und der regionalräumigen Integration das Wort international immer wieder auch zu relativieren ist. Es zeigen ja viele Beiträge in der öffentlichen und veröffentlichten Diskussion zur Zukunft unserer Stadt ein wie hoch politisches Thema dabei behandelt wird und wie gerne sich deshalb auch die Medien dieses Themas annehmen, insbesondere wenn den angestammten Kritikern der Stadtpolitik und der Stadtplanung, z.B. die Herren Reinhard Seiss oder Prof. Jens Dangschat von der Technischen Universität Wien, Raum gegeben wird.

Meine Damen und Herren, die Veranstaltungen des Bruno Kreisky Forums für internationalen Dialog sind immer gut besucht, sehr gut besucht. Wie Sie sehen können, ist der heutige Besuch an der Oberkante einer nach oben offenen Interessensskala. Das muss einen Grund haben. Und dieser Grund spricht nun zu Ihnen.

Michael Häupl

Sehr geehrte Damen und Herren!

Ich wurde eingeladen über die Zukunft Wiens, „Wien 2020 – Perspektiven einer europäischen Metropole“ zu sprechen. Dem komme ich gerne nach: Einerseits erlaubt mir das Thema, Ihnen über konkrete Projekte und Entwicklungen in Wien zu berichten. Andererseits zwingt es mich, wieder einmal grundsätzlich über Zukunftsfragen für Städte nachzudenken - etwas das in der täglichen Routine in der Regel eher zu kurz kommt. Dringende zeitkritische, aber letztlich vielfach oft unwichtige Aufgaben haben die Tendenz wichtige, aber weniger zeitkritische Aufgaben in den Hintergrund zu drängen – ein Phänomen, dass auch Ihnen sicher nicht unbekannt ist. Und im Übrigen bereits eine erste prinzipielle Herausforderung an jegliche Form von Management – auch an das „new public management“, das wir Mitte der 90er Jahre in der Stadt Wien mit großem Erfolg eingeführt haben.

Im Nachfolgenden werde ich mich

- erstens mit drei internationalen Trends beschäftigen, die wesentliche Rahmenbedingungen unseres politischen Handelns darstellen,
- zweitens einige grundsätzliche Punkte zur Bedeutung von Städten in einer globalisierten Welt anmerken und dann
- drittens schwerpunktmäßig auf jene Herausforderungen eingehen, die für die zukünftige Entwicklung europäischer Städte meines Erachtens besonders wichtig sind. Hier fließen auch die Erfahrungen und Erkenntnisse aus meiner Funktion als Präsident des RGRE ein, des Europäischen Städtebundes, ein – vor allem die vielen Gemeinsamkeiten europäischer Metropolen in ihren wesentlichen Zukunftsfragen. (und das nicht nur in den fünf „klassischen“ Hauptstädten des alten Kontinents nämlich London, Paris, Rom, Berlin und Wien, die erstmals in ihrer Geschichte seit einigen Jahren alle unter sozialdemokratischer Führung sind.)

A. Internationale Trends als Rahmenbedingungen

An der Globalisierung führt derzeit kein Weg vorbei. Sie stellt eine - in Teilbereichen allerdings beeinflussbare - Rahmenbedingung für unser Handeln dar. Deshalb möchte ich mit drei globalen Trends bzw. den entsprechenden Fakten beginnen:

1. Weltweit nimmt die Bedeutung der Städte zu

Allein schon aufgrund ihres „unaufhaltsamen Wachstums“ werden die urbanen Zentren immer wichtiger. In der jüngsten Ausgabe des - übrigens wirklich lesenswerten - „Atlas der Globalisierung“ von *Le Monde Diplomatique* finden sich dazu folgende Zahlen:

„1900 gab es weltweit 11 Städte mit mehr als 1 Million Einwohnern.
1950 waren es 80, 1990 schon 257.
2000 waren es fast 400 und 2015 werden es wahrscheinlich 550 sein.“¹

„Einst war die Stadt das Symbol der ganzen Welt. Heute ist die ganze Welt im Begriff, eine Stadt zu werden“, schrieb der amerikanische Architekturhistoriker und Stadtplaner Lewis Mumford bereits Anfang der 60er Jahre. Mumford hatte recht: In den letzten Jahrzehnten wuchs die Zahl der Menschen, die in Städten leben, von 200 Millionen auf drei Milliarden.

Seit dem abgelaufenen Jahr 2007, lebt - zum ersten Mal in der Geschichte! - die Mehrheit der Weltbevölkerung in Städten.² Tendenz weiter steigend. Erst im vergangenen Herbst hat der „Spiegel“ diesem Phänomen eine breit angelegte Coverstory gewidmet, in der es dazu heißt: „Die Welt erlebt in diesen Tagen eine Revolution, die fast unbemerkt bleibt – und doch ist dies einer der wichtigsten Einschnitte der Geschichte: Zum ersten Mal leben mehr Menschen in Städten als auf dem Land. Das 21. Jahrhundert ist das erste wahrhaft „urbane“ Jahrhundert.“

Diese „Verstädterung der Welt“ bedeutet nicht nur eine statistisch erfassbare Bevölkerungskonzentration, sondern sie verändert auch Landschaft, Menschen und Institutionen, die sich allesamt zunehmend einem „städtischen Geist“ unterzuordnen haben. Die Sitten und Gebräuche werden „urbanisiert“, das städtische Leben wird zur Norm: „Es ist das einer Gesellschaft von Individuen, deren Kennzeichen Mobilität, eine damit einhergehende relative Autonomie und ein gleichförmiger, sich jeden Tag wiederholender Lebensrhythmus, ist.“³

Der städtische Lebensrhythmus ist natürlich nur im Vergleich zu den von den Jahreszeiten bestimmten Rhythmus der agrarischen Produktion „gleichförmiger“. Wenn man an die ständig steigenden „Umschlagshäufigkeiten“ auf unseren Arbeitsmärkten denkt, wiederholt sich für immer mehr Menschen immer weniger! So beträgt die durchschnittliche Dauer (= Median) aller Arbeitsverhältnisse in Österreich nur noch 3 Jahre, bei den (in einem Jahr) neu aufgenommenen Beschäftigungsverhältnissen sogar nur noch 12 Monate (= Median).⁴

Wien: Umschlaghäufigkeit 2006 bei 46 %

2. Weltweit nimmt auch die Ungleichheit zu

Seit den 80er Jahren nimmt die Ungleichheit sowohl innerhalb der einzelnen Länder als auch im Ländervergleich dramatisch zu. Dies gilt nicht nur für die Entwicklungsländer, sondern auch für die reichen Industriestaaten. In den Ländern der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD-Länder), die die neoliberale Wende als erste vollzogen haben, zeigt sich folgende Entwicklung:

„Zwischen 1979 und 2001 stiegen die Einkommen der

- Ärmsten 20 % ihrer Bevölkerung um 8 %,
- bei den mittleren Einkommensschichten um 17 %,
- beim reichsten Zehntel der Bevölkerung um 69 % und
- bei dem einen Prozent der Superreichen um 139 %.

Zwischen 1980 und 2000 nahm die Armut in neunzehn der zwanzig untersuchten Länder zu.“⁵

¹ Atlas der Globalisierung: Das unaufhaltsame Wachstum der Städte, Seite 34

² UN-Habitat (2006) „State of the World's Cities 2006/2007“

³ Atlas der Globalisierung, Seite 34

⁴ siehe die Dissertation von Helmut Mahringer (WIFO) zu diesem Thema

⁵ Atlas der Globalisierung, Seite 45

(Aus einer aktuellen Studie der Österreichischen Arbeiterkammer, bei der die Gehälter in ausgewählten im Wiener Börsenindex ATX notierten Unternehmen untersucht wurden, geht hervor, dass das durchschnittliche Pro-Kopf-Einkommen aller Mitarbeiter 2004 um 2 % gestiegen ist, die Gehälter der Vorstände um 13 %. Und obwohl Wien im internationalen Vergleich gut dasteht, aber auch hier gibt es das für Städte typische Phänomen der „Wohlstands-Kanten“: Zwischen dem – gemessen an der Kaufkraft – reichsten Bezirk Österreichs, dem 1. Bezirk Wiens (= „Inneren Stadt“) und einen der fünf ärmsten Bezirke Österreichs, dem 15. Bezirk Wiens (= „Rudolfsheim-Fünfhaus“) liegen 3.000 Meter Luftlinie oder 9 Minuten U-Bahnfahrt.⁶)

3. Weltweit nimmt die Mobilität der Menschen zu – und ich spreche dabei nicht von Verkehrspolitik sonder von Migration.

Die globale Zunahme der Mobilität speist sich aus unterschiedlichen Quellen. Etwa jener der schätzungsweise 30 Millionen „Binnenvertriebenen“ oder der 10 Millionen international anerkannten Flüchtlinge weltweit.⁷ Die in unseren Städten gegebene Nachfrage nach privaten Dienstleistungen (Haushaltshilfen, Reinigungskräften, private Pflegekräfte und Kindermädchen) wird auch durch Migrantinnen und Migranten bedient. Sobald sich irgendwo eine „Community“ von Migrantinnen und Migranten etabliert hat, entsteht - wie auch immer organisierte - Kettenmigration.

„Alle Hauptstädte sind einander gleich: Alle Völker vermischen sich dort.“ Diese Aussage aus dem 18. Jahrhundert ist heute zutreffender denn je. Allerdings nicht mehr nur für Hauptstädte, sondern für Städte im Allgemeinen. Auch hier will ich Ihnen anhand einiger Zahlen die Wiener Realität näherbringen:

- Etwa ein Drittel der Wienerinnen und Wiener haben „Migrationshintergrund“.
- Knapp 60 % der derzeit in Wien geborenen Kinder haben Eltern mit „Migrationshintergrund“.
- Etwa ein Viertel der in Wien geborenen Kinder haben Moslemische Eltern. Wobei aber jüngste Studien zeigen, dass „für mehr als drei Viertel der Muslime zweiter Generation die Religion keine Rolle spielt.“⁸

Um gemeinsam eine gute Zukunft zu haben, muss die Eingliederung dieser neuen Bürgerinnen und Bürger besser gelingen. „Zugezogene“ zu integrieren, das liegt in unserem ureigenen Interesse. Nicht nur, weil wir nur dadurch die Bildung von Parallelgesellschaften ausschließen können. Sondern auch, weil Vielfalt uns bereichert und wir im Umgang mit anderen Kulturen gegenseitig voneinander lernen können - gerade in den Städten. Zu gelingender Integration gibt es keine vernünftige Alternative. Es geht dabei um mehr als bloß um die Erhöhung oder Senkung unserer Bevölkerungszahl - es geht um die Verjüngung, kulturelle Bereicherung und Qualifizierung unserer Gesellschaft als Ganzes. Wirklich nachhaltige Lösungen der demographischen Probleme und der Integrationsproblematik müssen in den Städten und Gemeinden selber entworfen und umgesetzt werden.

Ich weiß, oft funktioniert Integration in unserer Gesellschaft noch nicht gut genug. Diese Tatsache wird von Populisten aller Art für ihre jeweiligen Zwecke schamlos ausgenutzt. Doch es gibt ebenso immer mehr Beispiele, die uns Mut machen können, dass die schwierige Aufgabe am Ende gelingen wird. Wien hat viele dieser Beispiele.

Globale Trends treffen natürlich auf einzelne Länder in unterschiedlicher Weise zu. Aber sie treffen zu. Relativ gesehen ist Österreich und natürlich auch Wien zwar noch eine „Insel der Seligen“, aber - um im Bild zu bleiben - auch bei uns „steigt der Meeresspiegel“.

B. Zur Bedeutung von Städten in einer globalisierten Welt

Sehr geehrte Damen und Herren,

⁶ „Grätzl & Ghettos: Warum Wien nicht Paris wird“, Die Presse, 19. September 2006, Seite 11

⁷ Atlas der Globalisierung, Seite 78 f, bzw. UN-Hochkommissariat für Flüchtlinge (UNHCR)

⁸ Mouhanad Khorchide, Instituts für Bildungswissenschaft der Uni Wien, Wien 2007, zitiert nach Kurier vom 19.9.2007 Seite 4

damit komme ich zu meinem zweiten Punkt: Der Bedeutung von Städten in einer globalisierten Welt.

Die Bedeutung der Städte für die Lösung der wichtigsten Zukunftsaufgaben der Menschheit wird in unserer globalisierten Welt immer größer. Nirgendwo sonst sind die Vielschichtigkeit und die Ambivalenz von Globalisierung so deutlich wie in den Metropolen. Städte sind – in allen Bereichen - die „Experimentierplätze“ der neuesten Entwicklungen. Dies ist eigentlich nichts Neues, auch in der Geschichte hatten Städte stets die Rolle von gesellschaftlichen „Laboratorien“: Wirtschaftlicher und sozialer (Struktur-) Wandel zeigte sich in der Regel zuerst und am deutlichsten in den Städten. Und natürlich sind die großen Städte auch heute wieder die Brennpunkte der zukunftsrelevanten Entwicklungen. Wien ist sicher nicht eine der ganz großen "Global Cities", aber auch in Wien müssen wir auf die bereits angesprochenen Herausforderungen reagieren.

Ganz andere Dimensionen haben diese Entwicklungsprozesse in vielen Entwicklungsländern. Mit Städten wie Kuala Lumpur, Mumbai, Bangalore oder Schanghai verbinden wir heute Aufstieg und Erfolg in der globalen Ökonomie. Auf der anderen Seite sehen wir in diesen und anderen Städten neue Dimensionen sozialer Spaltung, Wohlstandsinseln neben Gebieten tiefster Armut. Die weltweite Armut wird zunehmend "städtisch". Die traditionellen Absicherungssysteme in den Entwicklungsländern - allen voran die Familie - bestehen oft nicht mehr oder halten den Anforderungen nicht stand. Soziale Spannungen und zunehmende Gewalt zeigen, dass die Städte ihre Integrationskraft stärken müssen.

Wir müssen die Chancen der Globalisierung für eine gerechtere Welt mit weniger Armut nutzen. Wir dürfen aber nicht die Augen vor den Fehlentwicklungen verschließen, die in Zusammenhang mit dem gegenwärtigen Verlauf der Globalisierung stehen und durch diese verstärkt werden: Verelendung und Massenarmut, Umweltzerstörung, gewaltsame Auseinandersetzungen, Flucht und Vertreibung. Globalisierung darf nicht einige wenige Gewinner und viele Verlierer haben. Wenn wir daher die Chancen der Globalisierung wahren wollen, ist der Erhalt des sozialen Zusammenhaltes der Gesellschaft, die Bekämpfung der Armut von zentraler Bedeutung.

Globalisierung ist aber nicht nur ein wirtschaftliches Phänomen. Die weltweite Vernetzung äußert sich gerade auch in kultureller Hinsicht. Massen- und Informationsmedien, aber auch zunehmende Migration haben die kulturellen Schranken durchlässiger gemacht. Es wächst weltweit das Wissen, dass es außerhalb der eigenen Lebensumwelt auch noch etwas Anderes gibt. Diese kulturelle Globalisierung wird von einigen als Bereicherung, von anderen als Verarmung empfunden, sie erregt bei manchen Menschen Neugier, bei anderen aber auch Angst. Die stärkere Berührung der verschiedenen Kulturen bietet Chancen für Integration, Toleranz und Universalismus - sie birgt aber auch die Gefahr, dass sich Widerstand und Fundamentalismus formiert gegen eine vermeintliche "Verwestlichung" oder gegen "Überfremdung". Auch hier sind die Städte mit ihrer Integrationskraft gefordert.

C. Herausforderungen für die Zukunftsentwicklungen europäischer Städte

Sehr geehrte Damen und Herren,
nach diesen grundsätzlichen Anmerkungen möchte ich nun auf jene Herausforderungen für die Zukunftsentwicklung europäischer Städte zu sprechen kommen, die mir persönlich die größten Anliegen sind. Freilich kann ich die nachfolgenden Themenbereiche nur cursorisch anreißen, jeder einzelne wäre für ein abendfüllendes Referat geeignet.

Herausforderung: Finanzen

Städte brauchen zur Erfüllung ihrer wachsenden Aufgaben – insbesondere auch der „überörtlichen“ – entsprechende Mittel. In Österreich ist dazu eine grundlegende Reform des Finanzausgleichs (FAG) notwendig, wie vom Städtebund seit Jahren verlangt wird. Bei allem Bekenntnis zum abgeschlossenen Finanzausgleichspaket bleiben die strukturellen Finanzprobleme der Gemeinden, insbesondere der mittleren und größeren Städte auch durch diesen neuen Finanzausgleich ungelöst.

Vom früheren deutschen Finanzminister Hans Eichel, stammt angeblich das Bonmot: "Es macht die Bürger fröhlich, wenn sie weniger Steuern zahlen müssen." Diese populistische Ansicht mag kurzfristig vielleicht stimmen, langfristig macht es die Bürgerinnen und Bürger aber sicher nur fröhlich, wenn sie qualitative hochwertige öffentliche Dienstleistungen erhalten. Und die gibt es nicht gratis! Steuerhöhe und Bürgernutzen müssen natürlich in einem optimalen Verhältnis gehalten werden. Wo die Balance liegt, dafür haben in der Regel die betroffenen Stimmbürger das beste Sensorium.

Leider haben zwischen 2001 und 2006 Österreichs Städte reale Verluste von bis zu 7 % bei den „Ertragsanteilen“ aus dem Finanzausgleich hinnehmen müssen. Dies hat natürlich die Investitionsmöglichkeiten der Städte eingeschränkt. Da der Anteil der - von regionalen und lokalen Behörden kontrollierten - öffentlichen Investitionen in Österreich – wie übrigens auch in Deutschland – bei rund 75 %⁹ liegt, ist klar, dass sich daraus dämpfende Effekte für die Wirtschaft insgesamt ergeben. Die Lösung war daher in einer aufgabenorientierten Gemeindefinanzierung zu liegen und nicht in einer „pro-Kopf“-Aufteilung.

Herausforderung: Städte als Wirtschaftsfaktor

Im hervorragenden „State of the European Cities Report“, den die Europäische Kommission vor wenigen Monaten herausgegeben hat, heißt es lapidar: „In today’s Europe, cities are the main engines of economic development, ...“¹⁰ So klare Aussagen der EK freuen mich persönlich ganz besonders, nicht zuletzt auch in meiner europäischen Funktion als RGRE-Präsident, schließlich handelt es sich dabei um für die EK „neue“ Einsichten. Unsere Städte sind für unsere Ökonomien die wichtigsten Verbindungen zum Ausland und zur globalen Wirtschaft.

Der Wirtschaftsstandort Europa braucht attraktive Städte, um im globalisierten Wettbewerb der Standorte mithalten zu können. Industrien wandern in unterschiedliche Richtungen, zuletzt bevorzugt nach Fernost, ab. Die Zukunft westlicher Städte liegt vielfach nicht mehr im Herstellen von Produkten, sondern in der von Ideen und Patenten. Dafür bedarf es aber gut ausgebildeter, qualifizierter Arbeitskräfte. Diese mobilen Eliten können sich ihren Wohnort aber zunehmend nach Gutdünken aussuchen und ihn wechseln. Was bedeutet, dass Städte in einem harten Konkurrenzkampf um die Besten stehen. Es ist eine Entwicklung, von der nur die attraktivsten Städte profitieren können. Die Bedeutung der Nationalstaaten im globalen Standortwettbewerb nimmt demgegenüber tendenziell ab.

Wien ist sich dieser internationalen Wettbewerbssituation bewusst und stellt sich ihr: Einerseits mit der kontinuierlichen Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Wiener Unternehmerinnen und Unternehmer.

Andererseits mit speziellen Initiativen wie dem Auf- und Ausbau von förderpolitischen Schwerpunkten im Bereich von Life Science, Creative Industries oder im Bereich Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT).

Herausforderung: Forschung, Technologie und Innovation

Die Fähigkeit der Unterstützung von Innovation bzw. F&E ist eine neue „Schlüsselqualifikation“, die Städte heutzutage haben sollten. Der Faktor Wissen gewinnt, ob in Form von hochqualifizierten Arbeitskräften oder in Form von „intellectual properties“ (Patente, Lizenzen, etc.) in unserem Wirtschaftssystem zunehmend an Bedeutung. Innovativere, relativ forschungsintensivere Städte bzw. Regionen wachsen schneller, insbesondere wächst in ihnen auch das durchschnittliche Einkommen pro Kopf schneller als in anderen Städten. Insofern ist es auch nicht erstaunlich, dass die relative Größe des universitären Sektors aber auch dessen Qualität eine der wichtigsten Erklärungsgrößen für die Wachstumsunterschiede von Städten ist.

⁹ „Wachsende Regionen, wachsendes Europa – Vierter Bericht über den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt“, Mitteilung der EK, Mai 2007, Seite 147

¹⁰ Executive Summary, Seite II

Die städtische Ebene kann zwar in der Regel die Größe des universitären Sektors nicht direkt beeinflussen, aber sie kann die Rahmenbedingungen für die Umsetzung von Forschungsergebnissen in konkrete Innovationen verbessern. Etwa durch Unterstützungsangebote speziell für KMUs, dem Auf- bzw. Ausbau von Vernetzungsstrukturen, Forschungsförderungsangebot, oder durch die Unterstützung von innovativen Produkten durch die öffentliche Vergabe. Ein neues sehr interessantes Thema, bei dem wir in Wien nicht erst am Anfang stehen.

Vor dem Hintergrund dieser Überlegungen haben wir in Wien eine Forschungs-, Technologie- und Innovationsstrategie erarbeitet, die vor wenigen Wochen erst präsentiert worden ist. In diesen Prozess waren neben den wichtigsten Akteuren der Stadt Wien zahlreiche Expertinnen und Experten aus den unterschiedlichsten Bereichen sowie die interessierte Fach-Community eingebunden. Generelles Ziel dieser integrierten Strategie ist es Wien als „die“ zentraleuropäische „Forschungsmetropole“ zu positionieren. Konkrete Zielindikatoren sind die Erhöhung der Wiener F&E-Quote von derzeit schon über 3 % auf 4 % bis 2015, die Steigerung der in F&E-Beschäftigten, etc., etc..

Bewusst ist uns aber auch der eigentliche Kernpunkt von Forschung und Wissenschaft: Nämlich der Mensch, die sogenannten „Humanressourcen“, ohne die nicht der geringste Erfolg machbar wäre. Daher ist uns die Einbindung der gesamten Wiener Bevölkerung in eine von Innovationen getragene wirtschaftliche und soziale Entwicklung wichtig. Um Forschungsmetropole werden zu können, muss Wien auch eine Wissens- und Bildungsmetropole werden! Das Bildungssystem muss durchlässiger werden, zu viele individuelle und gesellschaftliche Potenziale gehen heute noch aufgrund struktureller Mängel verloren. Wien braucht aber innovationsfähige, kreative und ehrgeizige Universitätsabsolventinnen und Universitätsabsolventen, aus denen sich sowohl erfolgreiche Wirtschaftstreibende als auch zukunftsorientierte Forscherinnen und Forscher rekrutieren.

Nicht vergessen dürfen wir, dass rund 90 % der öffentlichen Ausgaben für Forschung und Entwicklung in Österreich von Bundesseite zur Verfügung gestellt wird, und nicht übersehen können wir, dass auch in Wien 2/3 der F&E-Mittel aus öffentlicher Hand und nur 1/3 privat finanziert wird. (WWTF ist privat!). Daher setzen wir die Wiener Mittel sehr fokussiert ein, um die Stärken der Stadt weiter auszubauen, aber auch um dort, wo es nötig ist, neue Wege zu gehen. Nicht zuletzt für die Dienstleistungserbringung einer Stadtverwaltung ist der ständige Wissenstransfer zwischen Wissenschaft und Forschung, der umsetzenden Wirtschaft und letztlich den Nutzerinnen und Nutzern eine unabdingbare Voraussetzung.

Dass der Wiener Weg stimmt, wird durch eine Studie der renommierten Strategieberater von Roland Berger bestätigt, auf der die eingangs zitierte „Spiegel“-Coverstory beruht. Der Studie zufolge zählt Wien mit Amsterdam, Barcelona, Dublin und Kopenhagen zu den zukunftsträchtigsten Metropolen Europas, weil man sich am erfolgreichsten um die für die wissensorientierte Gesellschaft im globalen Standortwettbewerb so wichtige „Kreative Klasse“ bemüht. „Wien nutzte seinen Standortvorteil nach dem Ende des Kommunismus. Internationale Konzerne nahmen hier ihre Osteuropa-Zentralen, lösten einen Boom aus und machten aus der Stadt, die vorher einem historischen Museum glich, eine aufgefrischte Metropole. Was die Attraktivität bezüglich der „drei T“ (Talent, Technologie und Toleranz) angeht, liegt Wien überraschender Weise gleichauf mit Amsterdam, der Anteil der kreativen Klasse beträgt 42 Prozent“, hebt der „Spiegel“ hervor.

Herausforderung: Arbeitsmarkt

Die Arbeitsmärkte unserer Städte sind durch eine Situation gekennzeichnet, die vielfach als das „urbane Paradoxon“ bezeichnet wird. Trotz der Konzentration von Arbeitsplätzen in den Städten – Wien bietet 220.000 Pendlern Arbeit -, konzentriert sich in ihnen auch die Arbeitslosigkeit. Entsprechend den Zahlen des

4. Kohäsionsberichts der EK liegt die Beschäftigungsquote in 75 % der europäischen Großstädte¹¹ unter der

¹¹ Städte mit mehr als 100.000 Einwohnern, die sich am sogenannten „Urban Audit“ der EK beteiligt haben und in denen rund 36 % der Europäischen Bevölkerung lebt. 4. Kohäsionsbericht, Seite 52

des gesamten Landes. In zwei Drittel der europäischen Städte liegt die Arbeitslosenrate über dem nationalen Durchschnitt. Auch in Wien liegt die Arbeitslosenquote leider über jener von Österreich insgesamt, mit zuletzt erfreulicherweise aber auch überdurchschnittlich sinkender Tendenz. Insbesondere niedrig qualifizierte Personen, vielfach mit Migrationshintergrund sind von den Auswirkungen des Strukturwandels der Wirtschaft betroffen.

Gemäß der Österreichischen Verfassung liegt die Kompetenz in Arbeitsmarktfragen beim Bund. Dies hat uns in Wien aber nicht davon abgehalten bereits 1995 den „Wiener ArbeitnehmerInnen Förderungsfonds“ - kurz waff genannt - als Instrument für eine aktive Arbeitsmarktpolitik zu gründen. Finanziell wird der waff aus Wiener Budgetmitteln dotiert. Inhaltlich sind in seine Arbeit alle Sozialpartner eingebunden. Natürlich kann der waff nicht den sich aus dem Wandel der Wirtschaftsstruktur ergebenden Verlust an Arbeitsplätzen verhindern. Aber seine Qualifizierungsaktivitäten tragen entscheidend dazu bei betroffene Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer schneller wieder in Arbeit zu bringen.

Relativ machtlos stehen wir derzeit dem Phänomen der sogenannten „Neuen Beschäftigungsformen“ gegenüber. Angesichts ihres Ausmaßes kann man sie nicht mehr als „atypisch“ bezeichnen: Insgesamt sind in Wien - unter Einrechnung der Teilzeitbeschäftigten - etwa 18 % aller Unselbständig Beschäftigten oder 140.000 Personen in den neuen Erwerbsformen tätig. Ein Drittel davon - etwa 46.000 Personen - befindet sich in einer „prekären“ Situation (Stichwort: „McJobs“). Tendenz steigend. Dass diese Zunahme von Personen in prekären - kurzfristigen, unsicheren Jobs, die kein zu Leben ausreichendes Einkommen sichern - Auswirkungen auf die Sozialausgaben hat, ist ebenso klar wie der Umstand, dass es sich bei dieser Entwicklung um einen internationalen Trend handelt.

Herausforderung: Funktionale städtische Räume

Diese „Normalität der Internationalisierung“ ist für mich eine der wesentlichen Herausforderungen der nächsten Jahre, insbesondere am Arbeitsmarkt und im Bereich FTI. Seit kurzem ist Österreich nicht mehr Schengen-Außengrenze, mit 1.5.2009 enden voraussichtlich die Übergangsfristen am Arbeitsmarkt. Damit wird zwischen Wien und Bratislava eine funktionale Arbeitsmarktregion entstehen.

Anhand der Intensität der Wanderungsströme in beide Richtungen kann man „suburbane Gebiete“, also funktionale Regionen, deutlich erkennen. Dies gilt für alle größeren Städte. Auf die Notwendigkeit diesen funktionalen Wirtschafts- und Arbeitsmarktregionen, die in der Fachliteratur „functional urban regions“ genannt werden, stärker Rechnung zu tragen, möchte ich nun zu sprechen kommen.

Jahrzehntelang konkurrierten die Kernstädte primär mit ihrem jeweiligen Umland um wirtschaftliche Vorteile = Betriebe bzw. Arbeitsplätze. Z.B. Wien mit dem Wiener Umland. Als Folge der zunehmenden Globalisierung kam es in den letzten Jahren aber zu einer grundlegenden Änderung dieser traditionellen Konkurrenzstruktur. Nunmehr konzentriert sich der Wettbewerb um wirtschaftliche Aktivitäten auf solche zwischen Teilräumen mit ähnlichen Standortattributen - also z.B. zwischen „Großstädten“ oder zwischen „peripheren Räumen“.

Natürlich besteht daneben auch die Stadt-Umland Konkurrenz teilweise weiter! Aber wenn heute ein Betrieb aus Wien weggeht, geht er in der Regel nicht ins Wiener Umland, sondern

- entweder in eine andere europäische Großstadt: z.B. München - etwa Betriebe aus dem Bereich der unternehmensnahen Dienstleistungen
- oder in die neuen EU-Mitgliedsländer, bzw. gleich weiter in den Asiatischen Raum: Dies gilt insbesondere - wie bereits ausgeführt - für Produktionsfunktionen.

Distanzen zwischen - in Bezug auf ihre Wirtschaftsstruktur - ähnlichen Teilräumen treten also zunehmend in den Hintergrund. Demgegenüber gewinnt das Ringen um spezifische, diese Standortattribute (z.B. Anbindung an die europäischen Verkehrs- und Informationsnetze, hohe Informationsdichte über die jeweiligen Märkte, hochwertiges Humankapital, etc.) nachfragenden Unternehmensfunktionen an Bedeutung.

Vor diesem Hintergrund ist von der städtischen Ebene eine weitere neue „Schlüsselqualifikationen“ gefordert: Nämlich die Fähigkeit des lokalen Regierungs-/Steuerungssystems zur Berücksichtigung dieser funktionellen Stadtregionen, etwa in der Form interkommunaler Zusammenarbeit.

Herausforderung: Interkommunale Zusammenarbeit

Lassen Sie mich Ihnen dies anhand eines Beispiels erläutern: Seit Jahrzehnten stellt die sogenannte Vienna Region eine Arbeitsmarktregion dar. Insgesamt kommen etwa 220.000 Personen nach Wien zur Arbeit, gleichzeitig arbeiten etwa 80.000 Wienerinnen und Wiener außerhalb der Stadt.¹² Nach dem voraussichtlichen Ende der Übergangsfristen am Arbeitsmarkt am 1. Mai 2009 wird zwischen den beiden Zentren Wien-Bratislava eine Arbeitsmarktregion entstehen. Leider entsprechen aber bereits derzeit die administrativen Gegebenheiten (AMS Wien - AMS Niederösterreich: wenig Kooperation; jeder verfolgt nur seine eigene Ziele) nicht den wirtschaftlichen Gegebenheiten.

Interkommunale Zusammenarbeit ist aber auch eine Möglichkeit um die Effizienz der öffentlichen Dienstleistungen zu steigern. Bekanntlich steigen die Anforderungen an die öffentliche Hand in vielen Bereichen (demografische Entwicklung, Kinderbetreuung, Senkung der Klassenschülerhöchstzahlen, etc. – alles gerechtfertigte und notwendige Erhöhungen der öffentlichen Leistungen). Interkommunale Zusammenarbeit kann damit auch - durch die Nutzung der „economies of scale“ (= Größenvorteile) - ein Ansatz zur Steigerung der Effizienz sein.

Herausforderung: Überdenken administrativer Grenzen, nicht im Hinblick auf ihre Existenz, sondern im Hinblick auf ihre Überschreitbarkeit.

Für eine systematische Zusammenarbeit bedarf es zweifelsohne der entsprechenden rechtlichen und institutionellen Rahmenbedingungen. Letztere müssen diese Zusammenarbeit zumindest „ermöglichen“, besser noch „fördern“. Man muss nicht unbedingt der Meinung des bekannten deutschen Soziologen Dirk Baecker sein, dass „Institutionen Ansammlungen von feststehenden Lösungen sind, die nach geeigneten Problemen Ausschau halten“¹³, um zu sehen, dass viele unserer derzeitigen „Institutionen“ zur Bewältigung unserer Zukunftsaufgaben wenig geeignet sind. Viele jener Regelungen, die auf den bestehenden administrativen Grenzen aufbauen, sind schlicht unzeitgemäß.

Sie finden zunehmend weniger „geeignete Probleme“: Ob dies der einheitliche funktionale Arbeitsmarkt Wien-Bratislava ist, der sich der Einflussnahme der regional ausgerichteten Strukturen des AMS zunehmend entzieht, oder ob dies jene Reformschritte (z.B. neuer Finanzausgleich) sind, um die wir noch zu ringen haben.

Und obwohl derzeit - zumindest in Österreich - noch politisch „undenkbar“, aber eigentlich müsste man auch damit beginnen, die bestehenden administrativen Grenzen zu überdenken. Nicht nur für viele Akteure im Wirtschaftsbereich, sondern auch für viele Bürgerinnen und Bürger sind sie ohnehin längst bedeutungslos geworden. Natürlich hatte auch die EU nicht ihren Ausgangspunkt im Abbau nationaler Grenzen. Aber heute sind „wir Bürgerinnen und Bürger der Europäischen Union zu unserem Glück vereint“, wie es - anlässlich des 50. Geburtstages der EU - die „Berliner Erklärung“ ausdrückt.

Die Relevanz der von mir angesprochenen Faktoren - Fähigkeit zur Schaffung von Rahmenbedingungen für Innovation und Fähigkeit des lokalen Regierungssystems zur Durchlässigkeit der administrativen Grenzen für die realen ökonomisch relevanten Strukturen - für das reale Wirtschaftswachstum ist empirisch belegbar. Eine Studie zeigt, dass Städte mit diesen Fähigkeiten um etwa 3 % schneller wuchsen als der Durchschnitt der Städte¹⁴.

¹² „Analyse der Wiener Pendlerströme“, Bericht zur Wiener Wirtschaft, WIFO, Dezember 2005

¹³ Baecker Dirk, Postheroisches Management. Ein Vademecum, Berlin 1994

¹⁴ „The Distinctive Determinants of European Urban Growth: does one size fit all?“ von Paul Cheshire (London School of Economics) & Stefano Magrini (University of Venice) 2002.

Herausforderung: Diversity Management

Ich habe Ihnen einleitend schon erzählt, dass derzeit bereits ein Drittel der Wiener Bevölkerung über einen „Migrationshintergrund“ verfügt. In den jüngeren Alterskohorten liegt dieser Anteil schon heute teilweise über 40 %. Diese Entwicklung trifft alle europäischen Städte: Beispielsweise liegt in den fünf größten Schweizer Städten der Anteil an ausländischen Kindern bei 45 %. Allein diese Fakten zeigen, dass die Hauptlast der Integration bei den Städten liegt. Sie sind der eigentliche Motor der Integration. Es muss uns auch in Zukunft gelingen, aufstrebende Migrations- und Religionsgemeinschaften mit Respekt zu integrieren - statt sie mit demagogischen Verbotsforderungen (Kopftücher!) zu stigmatisieren. Und ich spreche ausdrücklich von gegenseitigem Respekt!

Vielfältig ist in unseren Städten nicht nur der ethnische Hintergrund unserer BürgerInnen, sondern auch ihre soziale und wirtschaftliche Lage. Die Zahl der Einpersonenhaushalte nimmt laufend zu. Über 50 Prozent liegt ihr Anteil bereits in Städten wie München, Stockholm, Amsterdam oder Kopenhagen¹⁵. In Wien liegt er nur mehr knapp unter dieser Marke. Durchschnittlich leben mehr Frauen als Männer allein. Andererseits gibt es den Trend, dass kinderreiche Familien wieder zunehmen: bei türkischen Haushalten sowie bei Haushalten in „sozial gehobener Position“.

Die zunehmende „Vereinzelung“ erhöht aber auch die Armutsgefährdung. „Einpersonenhaushalte, insbesondere solche mit unterhaltspflichtigen Kindern, haben generell das höchste Armutsrisiko: Etwa 33 % der Alleinerziehenden mit einem unterhaltspflichtigen Kind in der EU haben Einkünfte unterhalb der Armutsgrenze¹⁶.“ Diese Zahlen stammen aus dem 4. Kohäsionsbericht der EU. Diesem kann man auch entnehmen, dass „2004 durchschnittlich 16 % der EU-Bevölkerung bzw. rund 75 Millionen (!) Menschen armutsgefährdet“ waren. Neben den AlleinerzieherInnen ist das Armutsrisiko besonders hoch bei jungen Menschen (19 % in der Altersgruppe der unter 18-Jährigen) und bei den über 65-Jährigen.

Interessant, wenn auch nicht neu, ist aber auch eine andere Feststellung der EK in diesem Zusammenhang: „Die Mitgliedsstaaten mit dem geringsten Anteil an armutsgefährdeten Menschen weisen normalerweise auch die gleichmäßigste Einkommensverteilung auf.“¹⁷

Auf diese Ausdifferenzierung, dieses Aufblühen der Vielfalt müssen wir Städte reagieren. Diversity Management ist ein Gebot der Stunde. Aber auch dabei sollten wir uns der sich daraus ergebenden Chancen bewusst sein. Denn wie es bereits Aristoteles formulierte: „Eine Stadt besteht aus unterschiedlichen Arten von Menschen; gleiche Menschen bringen keine Stadt zuwege.“

Herausforderung: Daseinsvorsorge

Ein zentrales Instrument der sozialen Integration stellen die Dienstleistungen von allgemeinem Interesse dar. Sie zählen zu den Kernaufgaben der europäischen Städte. Wien setzt sich seit langem für den Erhalt qualitativ hochwertiger Leistungen der Daseinsvorsorge und - damit verbunden - für den Erhalt der kommunalen Wahlfreiheit bei der Erbringung dieser Leistungen, ein.

Um diese hohe Qualität öffentlicher Dienstleistungen weiterhin gewährleisten zu können, müssen auf europäischer Ebene die erforderlichen Rahmenbedingungen geschaffen werden. In diesem Sinne spreche ich mich für die Festschreibung eines Rechtsrahmens für Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse aus. Selbstverständlich unter Beachtung des Subsidiaritätsprinzips sollen diese grundlegenden Prinzipien der Daseinsvorsorge festlegen, wie z.B. das Recht auf kommunale Wahlfreiheit hinsichtlich der Erbringung öffentlicher Dienstleistungen oder die Beibehaltung einer praktikablen „Inhouse“-Vergabemöglichkeit.

¹⁵ State of European Cities Report, European Union, May 2007, Seite 103

¹⁶ EU: 4. Kohäsionsbericht, Seite 29

¹⁷ ebenda, Seite 30

Dagegen widerspricht der sektorale Ansatz, den die Europäische Kommission und das Europäische Parlament derzeit bei den Sozial- und Gesundheitsdienstleistungen verfolgen, dem Gedanken der Subsidiarität. Dabei sollte gerade in diesen sensiblen Bereichen, der Mensch mit seinen Bedürfnissen und nicht die Regeln des Marktes, im Vordergrund stehen. Aber darin besteht ja gerade eines der grundlegenden Probleme der EU: Sie tut so, als ob alle Märkte gleich wären. Oder wie es jüngst ein unverdächtig Zeuge - Heiner Geißler - pointiert formulierte: „Bedenklich ist, dass man den Arbeitsmarkt wie den Kartoffelmarkt behandelt.“¹⁸ Um so wichtiger ist es, die Stärken, die Kontinuität und die Sicherheit sowie die Qualität kommunaler Leistungen aufzuzeigen und die Forderung nach einem Rahmenrecht für sämtliche Leistungen der Daseinsvorsorge weiterhin mit Nachdruck zu vertreten.

Das Europäische Parlament sollte sich wieder auf die Bedeutung der Aufgabenerfüllung durch Regionen, Gemeinden und Städte besinnen. Im Mittelpunkt haben dabei die Wahrung des Subsidiaritätsprinzips und die Aufrechterhaltung der kommunalen Wahlfreiheit zu stehen wie es auch beim für Städte positivem Abschluss der ÖPNV-Verordnung schlussendlich gelungen ist.

Auch in der Frage der PPPs unterstützt Wien den politischen Ansatz, interkommunale und gemischtwirtschaftliche Kooperationen unbürokratisch zu ermöglichen.

Herausforderung: Energieversorgung

Die Frage der Energieversorgung Europas nimmt in der öffentlichen Diskussion einen immer breiteren Raum ein. Einerseits wird die Abhängigkeit Europas von externen Energielieferanten immer deutlicher, andererseits geht es um eine nachhaltige ökologische Orientierung, Reduzierung der Treibhausgase, Förderung von Alternativenenergien, Energieeinsparung, Effizienzsteigerung und die sozialen Aspekte der Energieversorgung.

Um die Ziele einer nachhaltigen, sicheren und für die Bevölkerung leistbaren Energie garantieren zu können, ist in der zukünftigen Energiepolitik neben den angeführten Aspekten der Versorgungssicherheit und der sozialen Verträglichkeit auch der Erreichung von Energieeffizienzzielen höchste Priorität einzuräumen.

Die Liberalisierung der Energiemärkte hat dazu geführt, dass zwischen 1993 und 2004 rund 250.000 Beschäftigte in Europa ihren Arbeitsplatz verloren haben und der Haushaltsstromkundenpreis in der EU das Dreifache des Industriestrompreises beträgt. Nutznießer dieser Politik waren in erster Linie multinationale Unternehmen, die trotz steigender Gewinne Arbeitsplätze abbauten und Energiepreiserhöhungen durchführten, insbesondere dann, wenn diese auch gleichzeitig privatisiert wurden.

Zukünftig beabsichtigte Liberalisierungsmaßnahmen müssen daher eingehend auf ihren Nutzen für das europäische Sozialmodell und auf die Verträglichkeit für die nationalstaatliche Sozial- und Beschäftigungspolitik geprüft werden. Energie muss für Bevölkerung und Wirtschaft langfristig leistbar bleiben und auf qualitativ hohem Niveau sichergestellt werden. Dieses zentrale Element einer langfristigen, auf Versorgungssicherheit ausgerichteten Politik muss auch den sozialen Ausgleich beinhalten. Es ist daher die Frage der sozialen Versorgungssicherheit verbindlich festzuschreiben und weiter auszubauen.

Herausforderung: Erhaltung der „natürlichen Umwelt“

Die Welt ist nicht nur hinsichtlich wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Entwicklungen zusammengerückt, sondern auch betreffend Umweltbelastungen und damit verbundenen globalen Problemen wie beispielsweise die Klimaänderung. Gerade globale Entwicklungen scheinen außerhalb des lokalen Verantwortungsbereichs oder des/der Einzelnen zu liegen. Sie sind aber – vielfach - lokal verursacht und wirken sich letztlich auch lokal aus.

¹⁸ Kurier, 30 April 2007, Seite 3

Die Erreichung einer nachhaltigen Entwicklung ist eine Herausforderung, zu der die einzelnen Bereiche der Stadtpolitik in einem ganzheitlichen Ansatz verbunden werden müssen. Vielfach wurde bisher der Ansatz verfolgt, zunächst ökonomischen Wohlstand zu sichern und erst sekundär soziale und ökologische Folgen zu reparieren. Dies hat sich als untauglich erwiesen. Der ganzheitliche, integrierte Ansatz erfordert, dass Entwicklungen jeweils hinsichtlich ihrer wirtschaftlichen, sozialen und umweltrelevanten Konsequenzen betrachtet werden müssen. Vernetztes, mehrdimensionales Denken will aber erst einmal gelernt sein!

Das, was wir gemeinhin als „natürliche Umwelt“ bezeichnen, ist für uns Menschen gleichermaßen Ressourcenlieferantin, Aufnahmemedium für unsere Rückstände und Erholungsraum. Die Kapazität unserer Umwelt ist jedoch - wie wir alle wissen - nicht unerschöpflich. Und - wie wir auch alle wissen - die üblichen Marktmechanismen wirken bei den sogenannten „freien“, unveräußerlichen und unbezahlbaren Gütern wie (saubere) Luft, (intakter) Lebensraum oder reines Wasser nicht. Die Bewahrung der natürlichen Lebenssysteme, die Vermeidung der weiteren Verknappung natürlicher Ressourcen und die Beseitigung bereits vorhandener Umweltschäden gehören deshalb zu den wichtigsten Herausforderungen für Städte.

Die Prinzipien einer städtischen Umweltpolitik müssen dabei auch nach ethischen Gesichtspunkten auszurichten sein. Dies kam in den letzten Jahren verstärkt in den „zeitgemäßen“ umweltpolitischen Prinzipien, wie beispielsweise dem *Vorsorge-*, dem *Verursacher-* und dem *Partizipationsprinzip* zum Ausdruck.

Es ist daher die Vernetzung der Themenfelder von der Industriepolitik über die Mobilitätslenkung bis hin zu Abfallwirtschaft eigentlich auch unmittelbar eine Aufgabe der Stadt, wo natürlich auch hier die entsprechenden Rahmenbedingungen gefragt sind. Viele Lösungsansätze dazu, sowohl in der Industriepolitik, als auch in der Mobilitätspolitik, als auch in der stadtoökologischen Politik haben wir in Wien entwickelt. In vielem haben wir eine Menge Arbeit noch vor uns.

Sehr geehrte Damen und Herren,
hoffentlich ist es mir gelungen, einen zeitlich nicht allzu knappen, jedoch inhaltlich sehr gerafften Überblick über die wichtigsten Herausforderungen in der zukünftigen Entwicklung einer Stadt zu geben und Ihnen auch die Komplexität, aber auch das Spannende an der Kommunalpolitik etwas näherzubringen.

Wir haben uns in Wien seit mehreren Jahren auch mit dieser Diskussion beschäftigt, nicht nur wie Wien aussehen wird im Jahre 2015, 2020, 2030, 2050, sondern wie wollen wir, dass Wien in dieser Zeit dann aussieht. Die tausend Visionen für Wien sind das Ergebnis einer riesengroßen Diskussion dazu, die für vieles von dem, was ich heute nur mit Überschriften versehen konnte, durchaus relevante Ansätze liefert. Vieles davon klingt noch utopisch. Vieles davon ist bei weitem noch nicht so ausgegoren wie etwa die Beantwortung jener Frage, wie gehen wir in der Wohnungspolitik, um mit dem Faktor, dass Wien wächst, was dies für die Stadtplanung, was dies für die Flächenwidmung, was dies für die Wohnbaupolitik, was dies für die Finanzpolitik der Stadt am Ende des Tages auch heißt. In diesen Bereichen sind wir klarer, konkreter, deutlicher. In anderen Bereichen ist der Visionscharakter noch wesentlicher zu erkennen. Wir werden diese Diskussion im Vorfeld unseres Landesparteitags im April abschließen und dies auch einer öffentlichen Diskussion zuführen und daraus unsere künftigen Arbeitsschwerpunkte nach dem Jahr 2010 herausdestillieren.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,
ich möchte mich bei vielen von Ihnen, die an dieser Visionendiskussion teilgenommen haben, die sich sehr engagiert auch eingebracht haben, sehr herzlich bedanken, denn dabei macht man niemand einen Gefallen, sondern da denkt man gemeinsam auch über die eigene Zukunft und über die Zukunft der Kinder oder auch Enkelkinder nach. Ich denke, das ist auch gut so. Ich darf mich zum Abschluss bedanken, dass Sie mir so geduldig zugehört haben. Herzlichen Dank.

Franz Vranitzky

Du hast im Schlussabsatz die Hoffnung zum Ausdruck gebracht, dass es dir gelungen ist, die wichtigsten Aspekte, Perspektiven einer modernen Metropole darzustellen. Du hast auch gesagt, du hoffst, dass wir

verstanden haben, wie spannend es ist. Die Hoffnung ist sicher in Erfüllung gegangen. Es ist dir gelungen. Ich werde jetzt nicht den traditionellen Versammlungsunfug wiederholen, nämlich zusammenzufassen, was der Redner gesagt hat, obwohl einiges wäre spannend. Das Zitat von Hans Eichel „weniger Steuer zahlen macht fröhlich“ erinnert daran, dass offensichtlich Hans Eichel nicht der einzige Finanzminister ist, der eine innere Verfasstheit auf seine Steuerzahler übertragen möchte. Mir ist ein anderer in Erinnerung, der gesagt hat, fühlen Sie sich entlastet. Ganz interessant war auch die Passage über die Vielfalt der an sich als gemeinsam geltenden Sprache und der Hinweis darauf, Wörterbücher zu Rate zu ziehen. Mir ist umgekehrt berichtet worden, dass Fernsehprogramme des Norddeutschen Rundfunks dem Geschmack des dortigen Publikums entsprechend oft österreichischer Heimatfilme bringen, allerdings mit Untertiteln. Wir brauchen das hier nicht, wir treten in die Diskussion ein. Ich lade Sie ein, an den Herrn Bürgermeister Fragen zu stellen, Anregungen ihm mitzugeben.

Ich habe eine Frage. Es wird im Zusammenhang mit den notwendigen Kinderbetreuungseinrichtungen gar nicht selten auch hinzugefügt, wenn es gelingt, die Kinderbetreuungseinrichtungen in ausreichendem Umfang zur Verfügung zu stellen, werden wir dann mittel- bis längerfristig das ausreichende Personal in qualitativer und quantitativer Hinsicht zur Verfügung haben? Was zur nächsten Frage führt über die funktionalen Arbeitsmärkte. Wenn einmal Wien und Bratislava noch näher zusammengeführt werden, das führt eher zu dem Grundthema der ausreichend verfügbaren Arbeitskräfte überhaupt im Berichtszeitraum.

Frage

Sie haben betont mehrfach die internationale Dimension von Wien, einerseits was die Präsenz von internationalen Organisationen in Wien angeht, aber dann auch natürlich die Dimension von Urbanität in den Entwicklungsländern. Drei Milliarden Menschen leben heute in Städten. Die meisten davon leben natürlich in Entwicklungsländern in Städten. Und Wien hat ja über die Vernetzung mit UN Habitat auch ein sehr interessantes Netzwerk, um weiterzuführen „best practices“, also Erfahrungen mit Urbanität, die wir gemacht haben, Erfahrungen mit Städtebau, die wir gemacht haben. Können Sie diese zwei Aspekte von Internationalität noch mehr erläutern, einerseits über die internationalen Organisationen hier in Wien und andererseits das, was wir als erfahrene Städter, die in einer so schönen Stadt wie Wien leben können, auch weitergeben können an große urbane Agglomerationen in der Dritten Welt, wo ja meistens die Probleme sehr beachtlich sind.

Frage

Welche Chancen bestehen für Wien, sich dem internationalen Trend Privatisierung seiner Infrastruktur zu entziehen? Wie kann man entgegenwirken?

Michael Häupl

Danke schön.

Die Frage nach internationalen Organisationen Heimat geben und die internationalen Verflechtungen und die Rolle, die Wien dabei spielen kann: Internationalen Organisationen Heimat geben ist ja eine große Tradition. Es ist kein Zufall, dass Wien eines der drei Headquarters der Vereinten Nationen ist und auch das einzige innerhalb der Europäischen Union. Wir haben heute eine Community, die man mit etwa 25.000 Menschen beziffern könnte, die in diesen internationalen Organisationen im weitesten Sinn tätig sind und ihre Heimat in Wien gefunden haben. Da sind natürlich auch viele dabei, die hier geboren wurden und hier leben. Was wir hier versuchen ist, wo immer es notwendig ist, auch mitzuhelfen nicht nur in den großen Dingen, wenn es um Sicherheitsfragen geht, um das UN Gebäude, oder wenn es darum geht, neue Räumlichkeiten für die Opec zu suchen, sondern wir haben hier auch eine tägliche Arbeit. Diese tägliche Arbeit macht einen guten Teil der Wertschätzung oder vom Empfinden unserer internationalen Gäste aus, dass sie sich hier geborgen fühlen, dass sie sich hier auch zu Hause fühlen. Eine Zeit lang war das eine große Entwicklung, gerade nach den diversen Umbrüchen, wo neue Staaten entstanden sind, wo wir intensivst mitgeholfen haben, dass hier Botschaftsräumlichkeiten gefunden wurden. Oder jeder Hausbesitzer, so natürlich auch ein Botschafter, hat gelegentlich Probleme im einfachen Alltag – Wasserversorgung, Energieversorgung, was immer. Da helfen wir einfach mit. Das ist Service, das sehr wichtig ist für das Wohlfühlen. Die guten Dienstleistungen der Stadt machen ja einen nicht unerheblichen Teil auch des Wohlfühlens in der Stadt aus. Darüber hinaus bemühen wir uns natürlich auch,

Kommunikationsstrukturen zur Verfügung zu stellen. Das geht bis zu den direkten Kontakten. Ich denke, es ist uns ganz gut gelungen, hier deutlich zu machen, dass die internationale Community hier gewollt ist und gemocht wird und wir uns freuen, dass sie hier sind, und entsprechend helfen.

Die internationale Vernetzung der Stadt ist eine sehr vielfältige. Da ist in Europa etwa das Netzwerk der Eurocities für uns ein sehr wichtiger Kooperationspartner. Hier sind Städte direkt Mitglied. Da gibt es auch eine sehr flotte Kommunikationsstruktur. Das ist einfach ein sehr schnelles, flottes Schiff. Während etwa der RGRE, dessen Präsident ich jetzt seit drei Jahren sein darf, der Europäische Städtebund, in dem die einzelnen, nationalen Verbände Mitglied sind. Das ist ein riesiges Schiff und dementsprechend schwierig zu steuern. Es ist uns gelungen vor zwei Jahren, dass auch die Konkurrenzsituationen sich aufgehoben haben in der Weltvertretung. Es gibt nur mehr einen einzigen Weltstädteverband, dem unser Freund Delanoë aus Paris vorsitzt. Daher kann man heute die Interessen der Städte auch gegenüber der UNO entsprechend vertreten. Wobei ich hinzufügen möchte, dass diese Organisation nicht auf die Europäische Union beschränkt ist, was einen riesigen Vorteil hat, gerade auch im Hinblick auf die ganzen Integrationsbemühungen auf europäischer Ebene, weil wir über diese Städteverbindungen, über diese Städtenetzwerke eine Reihe von Programmen auch laufen lassen konnten, die vorbereitend gewirkt haben auf den EU Beitritt zunächst der zehn, aber nunmehr auch der zwei. Und ich hoffe, dass dies im Hinblick auf Balkanstädte auch einiges dazu beitragen können. Ich mache uns nicht größer als wir sind. Aber ich denke, dass wir in diesen direkten Städtekooperationen zu einer Europäisierung auch in diesen Ländern beitragen konnten.

Welche Chancen haben wir, Privatisierung bei uns zu verhindern? Das ist einer der Kernpunkte dessen, was ich mit der Betonung des Subsidiaritätsprinzips gemeint habe. Ich bin mir dessen auch bewusst, dass sowohl der frühere Verfassungsentwurf für die Europäische Union, als auch nunmehr der Reformvertrag aus meiner Sicht einige Dinge mehr hätten enthalten können. Aber aus der Sicht eines Interessensvertreters der Städte und der Regionen in Europa, was im jetzigen Reformvertrag dazu drinnen steht zu einem Mehr an Freiheit, zu einem näher heran an die Charta der kommunalen Selbstverwaltung, an Subsidiarität als ein Prinzip, ein tatsächlich gleichwertiges Prinzip etwa zum Wettbewerbsprinzip, die Möglichkeit, dass nun in der Tat Städte selbst entscheiden können, ob sie in Eigentum eingreifen oder nicht, also privatisieren oder nicht, das halte ich für einen großen Fortschritt gegenüber dem Ist-Zustand. Verträge und solche Entwicklungen sind ja nicht danach zu beurteilen, was ich mir wünsche, sondern sie sind danach auch zu beurteilen, sind sie zum derzeitigen Zustand eine Verbesserung oder sind sie das nicht. Aus der Sicht der europäischen Städte ist dieser Reformvertrag ganz klar, gerade auch im Hinblick auf unser Selbstbestimmungsrecht, eine wesentliche Verbesserung. Das war auch der Grund, warum ich diesen Reformvertrag immer begrüßt habe. Ich halte das für einen Fortschritt und ich halte das für einen Schritt in die richtige Richtung auch in einer Demokratisierung dieses Europa. Daher haben wir natürlich heute die Möglichkeit. Ich verhehle nicht, das Europäische Parlament ist wahrscheinlich einer der wichtigsten Verbündeten auch der Städte. Damit meine ich sowohl das Parlament als solches, aber natürlich auch den Ausschuss der Regionen, der ja nun auch mehr Möglichkeiten mit dem Reformvertrag bekommt, entsprechend zu intervenieren. Daher kann man heute sagen, es wird keine Stadt gezwungen werden zu privatisieren. Nicht jedenfalls von der Europäischen Union. Gegen den Willen wird das nicht stattfinden. Wenn eine Stadt – es gibt eine Reihe von europäischen Städten – sich dazu entscheidet aus anderen Gründen, so steht ihr das frei. Ich bin da mit Kritik viel vorsichtiger geworden als in der Vergangenheit, weil aus der Sicht des reichen Wien lässt sich manches leichter sagen als aus der Sicht eines Bürgermeisters von Sofia. Ich rede jetzt gar nicht von Kiew oder sonstwo, wo die Sache differenzierter zu sehen ist, wo die öffentliche Armut auch ganz anders zu beurteilen ist, wo die Erwartungshaltung der Bevölkerung etwa auf eine sichere und hervorragende Wasserversorgung sehr hoch geschraubt ist, und viele der heutigen Kollegen dort auch keinen anderen Ausweg gesehen haben als das zu privatisieren und damit zweifelsfrei kurzfristig einen gewissen Erfolg zu erzielen. Nichtsdestotrotz glaube ich persönlich gesehen auch, dass diese Entscheidung falsch war. Aber ich bin sehr viel vorsichtiger geworden mit der Kritik dazu, weil ich mittlerweile viel besser verstehe die Rahmenbedingungen, vor denen sie ihre Entscheidungen zu treffen gehabt haben. Abgesehen davon, wenn man das Prinzip der Subsidiarität vertritt, dann soll man sich mit Ratschlägen an andere zurückhalten.

Zur Frage des Bildungssystems, jenes Teils, der im besonderen Ausmaß die Kinder betrifft, aber darüber hinaus die ganze Frage der Jugendlichen und der Lehrlingsausbildung: Ja natürlich ist mit der Dynamisierung, die nunmehr eintritt, zweifelsfrei auch die Notwendigkeit, wesentlich mehr Kindergartenpädagoginnen vornehmlich auszubilden – es arbeiten in diesem Bereich ja sehr viel mehr Frauen. Es ist es eine besondere Herausforderung, dass man so viele Ausbildungsplätze auch schafft, aber natürlich dann auch junge Menschen gewinnt, dass sie sich dieser Ausbildung unterziehen. Kindergartenbereich, Krankenschwestern, Pflegepersonal. Es gibt eine ganz Reihe von Bereichen, wo es gar nicht so leicht ist, die präsumtiven Notwendigkeiten, die sich hier ergeben, tatsächlich auch erfüllen zu können. Also das ist eine enorme Herausforderung, dass wir hier auch genügend Personal zur Verfügung haben. Was mich allerdings mit einer besonderen Sorge erfüllt, ist die Frage Facharbeiter und Facharbeiterausbildung, und das in bestimmten Bereichen, die vornehmlich technische Bereiche sind. Das ist eine ganz schwierige Diskussion, die wir hier vor uns haben und hängt meiner Auffassung nach auch damit zusammen, dass wir nach wie vor bei allen Verbesserungen, die es gegeben hat, in einer Schule des 19. Jahrhunderts leben, wo nach wie vor in verschiedenen Bereichen die Vermittlung von Lehrinhalten als Disziplinierungsinstrument verstanden wird und nicht in die Richtung hin, dass man junge Menschen für etwas interessieren, für etwas begeistern will, dass man sie locken will, auch Neugierde schaffen will, sie hereinholen will. Wenn ich mir anschau, auf wie wenige Berufe sich immer noch das Interesse bei der Lehrausbildung konzentriert, wenn ich mir anschau, wie auch in den Mittelschulen sehr viel mehr Leute in die AHS weitergehen, als etwa in eine BHS Oberstufe zu besuchen, wenn ich mir anschau, wie sich die Studenten an den Fachhochschulen aufteilen, und wenn ich mir anschau, dass man skurrilste Regulierungsmaßnahmen an der Universität einführen muss, während man jedem Studenten mit dem Käscher nachrennt, der in ein Studienfach auf die Technik gehen sollte, wie klass es heute wahrscheinlich ist, auf der Montanistischen zu studieren. Als Student würde ich heute sofort auf die Bodenkultur gehen. Also es gibt eine Menge an Angeboten, die aber aufgrund eines ganz spezifischen Verständnisses, das ich eben orte in der Art und Weise, wie in dem Land noch immer unterrichtet wird, nicht wahrgenommen werden.

Franz Vranitzky

Vorher. Vor den Universitäten.

Michael Häupl

Das ist das Problem, dass wir heute da davor stehen und sagen, und jetzt sollten wir hergehen und junge Leute begeistern dafür, dass sie die ganze Bandbreite der Facharbeiterausbildung, der Lehrlingsausbildung in der Tat auch nutzen, dass sie in die BHS gehen, dass sie technische Ausbildungsbereiche studieren auf den Fachhochschulen, an den Universitäten. Wer glaubt, dass er das mit Plakatkampagnen machen kann, die Werbewirtschaft wird sich freuen, tausend Rosen, aber das war's. Wir werden da sehr viel tiefer gehende Diskussionen brauchen. Ich würde mir wünschen, dass man auf der konservativ politischen Seite endlich Gesprächspartner anliefert, mit denen man über das reden kann. Bitte um Entschuldigung, aber mit einem Neugebauer will ich darüber nicht reden.

Die erste Frage, wie gehen wir in der Gesellschaft mit Behinderten um. Da kann es nicht nur um die Frage gehen, wie die Abschrägungen von Gehsteigkanten funktionieren oder ähnliche Dinge, die auch wichtig sind. Ich will das Alltagsleben gar nicht klein reden. Es geht eigentlich um die Frage, wie gehen wir um. Das ist etwas, wo ich über gewisse Eigenerfahrungen verfüge. Mein Stiefvater ist ohne Beine aus dem Krieg zurückgekommen, hat nichtsdestotrotz auch eine Universitätsausbildung als Jurist absolviert, war sein ganzes Leben Berufsrichter und ist nach Beendigung seiner Berufslaufbahn in Pension gegangen. Er war für mich, bei dem Lebensschicksal unfassbar, ein erstaunlicherweise lebensfroher und lebenszugewandter Mensch. Ich erzähle Ihnen das deswegen, weil diese Erfahrung eine Menge Auswirkungen darauf hat, wie ich diese Dinge auch sehe. In Wirklichkeit kann eine Gesellschaft ja dann zufrieden sein, wenn Menschen mit körperlicher oder geistiger Beeinträchtigung ganz als vollwertige Mitglieder in unserer Gesellschaft leben können. Ich sage bewusst leben können. Dann können wir im Prinzip erst zufrieden sein. Ich habe den Eindruck, dass wir da sehr weit weg davon sind. Wir haben ja unsere Probleme schon einmal mit Leuten, die außerhalb des Produktionsprozesses ganz offensichtlich stehen. Das merkt man ja auch. Wie geht man z.B. mit Schülern um, mit dem ganzen Bildungssystem, wie geht man mit Pensionisten um, wie gehen wir

mit Kranken um? Da denk ich, dass wir in einem noch sehr viel höheren Ausmaß eine Gesellschaft, eine Gemeinschaft als Ganzes auch betrachten müssen. Diese Mitglieder gehören da einfach dazu. In dem kleinen Dorf in der Toscana, in dem ich seit geraumer Zeit im Sommer ein paar Wochen verbringe, lebt ein junger Mann, der Trisomie hat und der normalerweise wahrscheinlich in irgendeinem Heim leben würde. Dort wird er von der Gemeinschaft gemeinsam betreut und hat in dieser dörflichen Gemeinschaft auch eine Funktion. Vor Konzerten stellt er die Sessel auf, oder er macht Straßenreinigung, oder er hilft anderen Dorfbewohnern beim einkaufen, oder ähnliche Dinge. Er wird auf der Straße normal behandelt, nicht wie ein Depperl, wird von anderen auf einen Kaffee eingeladen, wird als ein vollwertiges Mitglied in dieser Gemeinschaft betrachtet. Und das muss die Zielsetzung sein. Ich halte das wirklich für wichtig. Und die Qualität eines Zusammenlebens, die Qualität einer Gemeinschaft wird auch daran zu bemessen sein. Da haben wir von der Stadtverwaltung natürlich auch noch immer eine ganze Menge beizutragen. Von den Fragen der Mobilität z.B., obwohl ich glaube, dass wir da einige Schritte gesetzt haben, manches vielleicht zu wenig, manches zu langsam. Das mag alles sein, die Kritik wird man natürlich auch betrachten müssen. Es wird vieles im Bereich Bildung, Ausbildung hier auch noch fortzusetzen sein. Aber in Wirklichkeit geht es auch darum, dass man einen ganz grundsätzlichen Switch macht in den Köpfen und in den Empfindungen der Menschen. Wir müssen verstehen, dass wir hier miteinander in einer Gemeinschaft leben und auch Menschen mit geistiger und körperlicher Beeinträchtigung sind Teil dieser Gemeinschaft. Da haben wir gemeinsam auch zu leben. Da müssen wir aber alle daran arbeiten. Das wird nicht mit einer Verordnung des Bürgermeisters zu erledigen sein.

Frage

Sie haben gesagt, dass ein Drittel der Wiener ausländischer Herkunft ist. Wie viele Wiener werden 2020 ausländischer Herkunft sein? Ich glaube, dass der multiethnische Charakter Wiens etwas sehr Schönes und sehr Gutes ist und sehr wichtig für Wien. Wie sehen das multiethnische Leben in Wien in der Zukunft?

Frage

Ich möchte an diese Frage anschließen. Wenn beispielsweise Gruppen integriert werden, deren Grundauffassungen nicht harmonisierbar sind mit europäischen Grundprinzipien, Pressefreiheit, das Recht der Frauen, religiöse Freiheit? Wenn beispielsweise der Islam eine Verbindung zwischen Staat und Kirche sieht und die Scharia als das Recht, das anzuwenden ist, was machen wir, wenn größere Teile bei uns integriert werden müssen? Da reicht meines Erachtens nicht gegenseitiger Respekt, sondern es bedarf einer umfangreichen Aufklärung und Maßnahmen, die auch zur Gewaltverhinderung erforderlich sind. Denken Sie daran, dass 25% aller Jugendlichen in Deutschland bei einer Studie Gewaltbereitschaft signalisiert haben hinsichtlich der Durchsetzung ihrer Religion.

Michael Häupl

Die Frage klingt schwierig und herausfordernd, ist aber gar nicht so besonders schwierig. Das sage ich ganz offen. Was Sie hier erwähnt haben, ist auch anderen Religionen nicht fremd. Ich bin zwar kein besonderer Religionswissenschaftler, aber kenne doch einigermaßen gut die verschiedenen Vorschläge, die es hier nicht nur im Bereich der monotheistischen Religionen gibt, also dieses ganzen Komplexes der abrahamistischen Religionen. Da sage ich dazu, gebt dem Kaiser, was des Kaisers ist, und Gott, was Gottes ist. Alles, was mit Religion zu tun hat, ist Religionsfreiheit. Alles, was mit dem nichts zu tun hat, hat sich selbstverständlich jeder, der hier ist, an unsere Gesetze zu halten. Wer sich an unsere Gesetze nicht hält, ist ein Gesetzesbrecher, egal welche Augenfarbe er hat, welche Hautfarbe er hat, welche Religion er hat. Daher ist es ja überhaupt gar keine Frage, dass selbstverständlich Dinge wie die Schulpflicht auch einzuhalten ist. Ich wohne in Ottakring. Daher ist mir am Brunnenmarkt so ziemlich nichts fremd, aber natürlich auch in anderen Teilen der Stadt. Natürlich habe ich meine Diskussionen darüber geführt, als ein muslimischer Mann einen anderen muslimischen Mann einmal herbeigezerrt hat zu mir, als ich dort war, und ihn quasi denunziert hat. Kein besonders schöner Charakterzug, aber die Diskussion war nicht unwichtig. Er hat gesagt, der erlaubt seiner Tochter nicht, in die Schule zu gehen. Daraufhin habe ich dem guten Mann erläutert, dass das nicht geht, denn selbstverständlich geht seine Tochter in die Schule. Und dann haben wir gleich weiter diskutiert. Und selbstverständlich werden die Söhne, die in die Schule gehen, auch auf die Lehrerin hören und nicht sagen, weil die Lehrerin eine Frau ist, deswegen braucht man nicht auf sie zu hören. Das geht nicht. Denn selbstverständlich gibt es bei uns seit Maria Theresia eine Schulpflicht, und

daher ist dort hinzugehen. Die Diskussion hat sich emotionell etwas entwickelt. Ich bin ja auch ein bisschen temperamentvoll und daher ist die Diskussion dann ein bisschen lauter geworden. Das hat den Vorteil gehabt, dass dieser Mann, der solche Positionen vertreten hat, auf der anderen Seite auch eine gewisse Autoritätsgläubigkeit hatte und aufgrund meiner temperamentvollen Intervention dann seine Tochter natürlich in die Schule gegangen ist. Jetzt kann ich wahrscheinlich nicht mit jedem herumschreien, habe auch nicht die Absicht. Aber es ist überhaupt gar keine Frage, dass in all diesen Diskussionen völlig klar festzustellen ist, bei uns gibt es eine Schulpflicht und bei uns laufen Schulen, bei aller Kritik, die ich auch vorhin geäußert habe, natürlich so ab, wie es bei uns abläuft, nämlich ich kann der Lehrperson nicht folgen oder nicht folgen danach, ob es ein Mann oder eine Frau ist. Ich habe alle Ausbildungsschritte, die diese Republik möglich macht, hinter mich gebracht, und bin froh, dass es nicht mehr allzu viele meiner Mittelschullehrer gibt, die erzählen können, was ich für ein Schüler war. Dagegen ist wahrscheinlich dieser türkische Bub eh ein Muatterl. Aber das ändert nichts an der Tatsache, dass man heute ganz klar auch Position zu beziehen hat.

Die Scharia sehe ich eine Spur differenzierter. Da gibt es mehrere Teile drinnen. Ein erheblicher Teil der Scharia sind Verhaltensanweisungen für das tägliche Leben, also wann gefastet wird und ähnliche Dinge. Aber dann gibt es auch ein Strafgesetzbuch. Wer glaubt, dass er die Scharia als Strafgesetzbuch über die österreichischen Rechtsnormen des Strafgesetzes drübersetzen kann, der irrt. Er wird ein Gesetzesbrecher sein und wird daher in unserer Gemeinschaft auch nicht leben können, um das sehr klar auch zu sagen. Das ist auch die klare Grenzziehung, die es hier zu geben hat. Die muss man auch im Interesse des friedlichen Zusammenlebens von Muslimen, von Christen und natürlich von Juden einhalten. Wer Gesetze bricht, ist im übrigen ein Fall für die Polizei. Ich sehe bei der derzeitigen Struktur der Zusammenarbeit, bei der derzeitigen Kooperation gerade auch mit der Islamischen Glaubensgemeinschaft nicht das geringste Problem, dass wir hier nicht auch entsprechend arbeiten können. Es ist kein Zufall, dass es in Wien eine Erklärung aller drei abrahamistischen Religionsteile, nämlich aller christlichen Kirchen, der Kultusgemeinde und der Islamischen Glaubensgemeinschaft, zu den Vorfällen des 11. September gibt, dass es regelmäßige Konsultationstreffen gibt, und dass es Gespräche gibt, und dass es daraus resultierend bei uns relativ wenige konkrete Diskussion gibt – im Gegensatz z.B. zu Deutschland – über so genannte Hassprediger und ähnliche. Hassprediger ist im übrigen ja auf die islamische Religion bei weitem nicht beschränkt. Wir können das ja anlässlich von Wahlkämpfen in unserer Stadt ja auch erleben. Da muss man klar Position beziehen, klare Regeln aufstellen.

Migrationshintergrund: Ich bin ein leidenschaftlicher Diskutant und beschäftige mich gerne auch mit den Ergebnissen der Zukunftsforschung, aber ich bin natürlich kein Prophet. Worauf ich ein bisschen hinweisen kann ist, dass die Frage der Auseinandersetzung der Migration in dieser, unserer Stadt Wien ja nicht erst vor wenigen Jahren begonnen hat. Wenn man sich ein bisschen in der Geschichte zurückwendet, sind viele aus dem damaligen Inland nach Wien gekommen. Ich erinnere auch an die schweren sozialen Verwerfungen, die es dabei gegeben hat. Das so genannte fin de siècle, wo wir uns natürlich an den kulturellen Leistungen, an den wissenschaftlichen Leistungen dieser Zeit erfreuen. Die kulturellen Leistungen sind heute noch überall zu sehen in unserer Stadt. Und das ist toll. Überhaupt gar keine Frage. Aber es gibt die Schattenseiten dieser Zeit, wenn man sich an die Ziegelarbeiter – im übrigen fast lauter böhmische Ziegelarbeiter – am Wienerberg erinnert und ihre Ausbeutung, die Wiege der österreichischen Sozialdemokratie in diesen sozialen Auseinandersetzungen. Als Ottakringer kann ich nur sagen, wir haben ja da bis weit in die Nachkriegszeit auch immer wieder eine Reihe von böhmischen Freunden, wie man das ja heute wieder sagen kann, ohne dass sie böse sind, gehabt, genau so wie auf der anderen Seite Leute aus der Seliger Gemeinde, die sudetendeutsche Sozialdemokraten auch gewesen sind. Es gibt da eine Menge von Erfahrungen. Ich darf ein bisschen erinnern dran, dass wir nicht gar so verhäudert oder verstrachtet sind, was bedauerlicherweise noch eine Qualitätssteigerung ist zu dem Vergangenen, was ich ja nicht für möglich gehalten habe. Dass etwa während der ungarischen Revolution, aber natürlich auch in meinem Maturajahr 1968 Österreich eine ganze Menge auch an Flüchtlingshilfe geleistet hat. Sehr viele jüdische Emigranten sind gekommen, die aus der Sowjetunion vor dem dortigen Antisemitismus flüchten mussten. Während der verschiedensten Ereignisse am Balkan haben wir immer wieder Leute aufgenommen. Es waren etwa während des Bosnienkrieges 80.000 Bosnier hier in der Stadt. Und wir konnten damit umgehen mit diesem Flüchtlingsheer. Also ich denke, wir haben in der Vergangenheit bewiesen, dass man damit auch umgehen

kann. Wir haben jetzt eine neue Qualität Ende der 1980er, 1990er Jahre auch erlebt im Zuzug hierher. Wir sind gerade wieder in einem Veränderungsprozess der Zusammensetzung der Migration hierher in die Stadt. Wir werden versuchen, immer wieder ganz spezifisch darauf zu reagieren. Unsere vordergründige Aufgabe, die wir hier haben, ist Sprachkompetenzvermittlung und ist den Arbeitsmarkt in Ordnung zu halten. Das sind die zwei zentralen Punkte, mit denen man auch den Populisten entsprechend entgegen treten kann. Aber von mir werden Sie nie was anderes hören als ein klares Bekenntnis zur Internationalität dieser Stadt und zum miteinander Leben auch in der Stadt. Das ist unsere spezifische Qualität seit Jahrhunderten. Und von dem leben wir ja letztendlich auch.

Franz Vranitzky

Lieber Bürgermeister, meine Damen und Herren,
wir kommen ans Ende unserer heutigen Veranstaltung. Der Hinweis auf die Ziegelerbeiter hat bei mir wie ein Blitz eingeschlagen, nämlich meine innere Festigung bestätigt, wie angenehm und privilegiert man ist, wenn der Migrationshintergrund schon eineinhalb Jahrhunderte zurückliegt. Und meine Aufgabe würde eigentlich darin bestehen, wieder tschechisch zu lernen, was aber in meiner Familie niemand mehr kann. Nachdem ich und wir alle dir zugehört haben, kommen natürlich auch einige Wunschvorstellungen. Und eine der Wunschvorstellungen wäre und ist, dass diese kompakte Darlegung dessen, was wirklich mit Wien und über Wien in den nächsten Jahren und Jahrzehnten zu geschehen hätte, nicht nur eloquent von Michael Häupl vorgetragen wird, sondern von einer viel größeren Gruppe oder größeren Anzahl von Menschen. Wir würden uns da viel leichter tun, weil dieses Brunnenmarktbeispiel muss man ja nicht gerade dem Bürgermeister überlassen oder dem Zufall überlassen, dass der gerade dort ist, oder dem anderen Zufall, dass der eine Kontrahent mit dem anderen eben gerade diese Gelegenheit nutzen kann. Hier ist noch politisch zu arbeiten.

Du hast eine Fülle von strukturpolitischen Aufgaben genannt. In mir reifte beim Zuhören all dieser Vorhaben die Vorstellung, hier einmal einen seminaristischen Abend über das österreichische Wahlrecht abzuhalten, um nämlich andere Entscheidungsgrundlagen zu diskutieren als die, mit denen die Bundespolitik heute festgehalten ist.

Michael Häupl

Ich will keinen großen Kulturbruch in der Bundespartei herbeiführen, aber von einem Wiener wird man nichts anderes hören als ein Bekenntnis zum Mehrheitswahlrecht. Der müsste ja bescheuert sein.

Franz Vranitzky

Wenn Lachen Zustimmung bedeutet und ich lache herzlich, ist das eine gute Idee.

Meine Damen und Herren, in einer etwas freien Auslegung einer Erzählung von Alfred Polgar ist folgendes zu entnehmen. Da steht geschrieben über die Stadt Linz: „Die Stadt Linz war einmal die Hauptstadt von Oberösterreich. Danach lag Linz im Gau Oberdonau. Nachher lag Linz in der amerikanischen Besatzungszone. Heute ist Linz wieder die Hauptstadt von Oberösterreich. Viel kommen unsere Städte herum in diesem Jahrhundert.“ Ich meine, die Ausführungen des Herrn Bürgermeisters haben eigentlich gezeigt, dass sie herumkommen sollen, um die Chancen der Globalisierung wahrzunehmen und vieles andere plausibel zu machen.

Es ist ein Kalenderzufall oder was auch immer. Ich bin heute gerade aus Amerika zurückgekommen. Im Flugzeug habe ich eine österreichische Zeitung gelesen, in der drinsteht, dass der Herr Dr. Michael Häupl sich entschlossen hat, für eine nächste Bürgermeisterperiode zur Verfügung zu stehen. Das hat zumindest zwei positive Aspekte, nämlich den einen, dass das, was er heute gesagt hat, auch einen starken Vertreter zur Umsetzung haben wird, und dass wir ihn zweitens in voller Funktion hier wieder einladen können. Für heute danke vielmals.